


# com [p] act

Zeitschrift der  
Politischen Gruppe Erfurt/Jena -  
Hochschulgruppe Politische Bildung Uni Erfurt

# 1-13



Hochschulen vergeben viel zu gute  
Noten + Spenden gegen Welthunger  
+ Daimler-Benz-Arbeiter in der Kri-  
senkonkurrenz + Zur studentischen  
Wohnungsfrage + Der Beschneidungs-  
streit + Kritik der Marktwirtschaft +  
"Krisen sind unser Schicksal" + Ge-  
wissensbildung für Naschkatzen

# Inhalt

.....  
.....

<b>D</b> eutsche Professoren, setzen, sechs! Hochschulen vergeben viel zu gute Noten.....	Seite 3
<b>S</b> penden gegen den Welthunger.....	Seite 4
<b>W</b> ie Daimler-Benz in Bremen die Arbeit für seinen Konkurrenzkampf ran nimmt.....	Seite 5
<b>Z</b> ur studentischen Wohnungsfrage.....	Seite 6
<b>N</b> achtrag zum Inhalt des Beschneidungsstreits: Vorhaut zwischen Seelenheil und Körperverletzung.....	Seite 10
<b>K</b> ritik der Marktwirtschaft – zum Verhältnis von Arbeit und Reichtum im Kapitalismus.....	Seite 14
<b>E</b> in Kommentar in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“: Ein großes Lob für den Kapitalismus: Er macht Krisen zu unserem „Schicksal“ .....	Seite 17
<b>K</b> inderüberraschung: Ein kleiner Beitrag zur Gewissensbildung unserer Naschkatzen.....	Seite 20

# Deutsche Professoren, setzen, sechs!

## Hochschulen vergeben zu viele gute Noten

---

In dem „wissenschaftspolitischen Kommentar“ zu seinem „Arbeitsbericht Prüfungsnoten an Hochschulen im Prüfungsjahr 2010“ stellt der Wissenschaftsrat, ein Gremium aus Politikern und hochrangigen Wissenschaftlern, fest, dass „sich die Zensuren an Universitäten, Fachhochschulen sowie staatlich anerkannten Hochschulen in den vergangenen Jahren deutlich verbessert“ haben (SZ et al., 10.11.2012).

Anlass zur Freude? Lernen immer mehr Studenten immer mehr in ihrem Studium? Haben sich vielleicht die Lehr- und Lernbedingungen an den Hochschulen stark verbessert?

Von wegen! Der Wissenschaftsrat freut sich nicht über die Meldung, die er da verkündet, sondern er klagt über „zu gute Noten an Unis“. Dabei hat dieses Gremium keine einzige der vielen Einserarbeiten angeschaut und womöglich festgestellt, dass großartiges Wissen hier nicht vorliegt und/oder auch gar nicht vermittelt wird. Der Maßstab, an dem die vergebenen Zensuren sich in den Augen des Wissenschaftsrats blamieren, hat mit Wissen überhaupt nichts zu tun: „Der Vorsitzende des Wissenschaftsrates, Wolfgang Marquardt, zeigte sich alarmiert. *„Der Trend zu besseren Noten darf so nicht weitergehen“*, sagte er der Süddeutschen Zeitung. Der Be-

richt des Gremiums stellt eine ‚schleichende Noteninflation‘ fest. In den meisten Fällen werde die Notenskala kaum noch ausgeschöpft. ‚Unterschiede werden häufig nur noch nach dem Komma gemacht‘, sagte Marquardt.“ (SZ)

Noten können also nur richtig sein, gibt der Vorsitzende zu Protokoll, wenn „die Notenskala ausgeschöpft“ wird. Wenn nicht, sieht man daran die Entwertung der Note – *die also genau so viel wert ist, wie sie unterscheidet, sprich: die Studierenden selektiert!*

Dafür also ist die Note, dieses krönen-de Resultat und Ziel der Wissensvermittlung da. Und so soll sie aussehen, die freie Wissenschaft, soll und will dienstbar sein für die Konkurrenz im Ausbildungssektor, nützlich für Elite-Azubis und vor allem für Arbeitgeber, die für ihre Hierarchie an Arbeits- und Verdienstgelegenheiten eine vorsortierte Hierarchie an qualifiziertem Material vorfinden wollen.

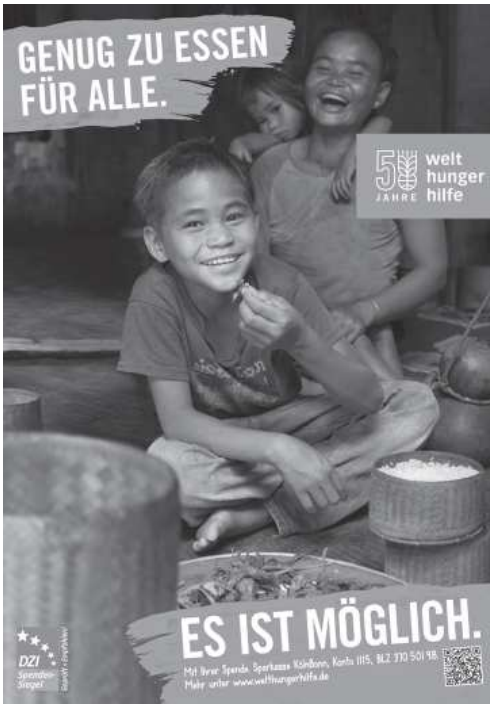
### **Buchempfehlung:**

Prof.Dr. Freerk Huisken

### **Erziehung im Kapitalismus**

Von den Grundlügen der Pädagogik und dem unbestreitbaren Nutzen der bürgerlichen Lehranstalten

1998 • (VSA) ISBN 3-87975-722-4, 20,40 €,



## Spenden gegen Welthunger?

1. Wer hätt's gedacht, dass in einer Welt voller Supermarktregale, immer produktiverer Landwirtschaft und unbenutzter Arbeitskraft im Überfluss (und in der Marktwirtschaft wird mit Reichtum in ganz anderen Dimensionen angegeben!) die Ernährung der Menschheit „möglich“ ist! Selbstverständlich ist das „möglich“!

2. Wer zum Spenden von Geld aufruft, dem ist auch geläufig, warum das Mögliche nicht wirklich ist: Wer das

Geld nicht hat, um sich das Lebensnotwendige zu kaufen, kriegt nichts zu beißen. Das hat seinen Grund darin, dass das Lebensnotwendige in der Welt der Marktwirtschaft überhaupt für keinen anderen Zweck produziert wird als für den Verkauf. Wenn aber alles nur zum Gelderwerb hergestellt wird, und gar nicht erst produziert wird, wenn es sich nicht verkaufen lässt, dann gibt es auch nicht „genug zu essen für alle“.

3. Diese Systemnotwendigkeit der marktwirtschaftlichen Armut hält keiner für befassenswert, weil die zivilisierte Menschheit lieber konstruktiv „nach vorn“ denkt und sich fragt, wie man *persönlich ganz konkret* der Armut, die es „nun mal“ gibt wie alles, was sonst so vom Himmel fällt, entgegenwirken kann. Der Glaube an das Dogma, „Mit Ihrer Spende“ könne der globalen Marktwirtschaft der Hunger weggekauft werden, feiert in Gestalt der Welthungerhilfe gerade 50jähriges Jubiläum – lässt sich also nicht dadurch beirren, dass nach einem halben Jahrhundert Spendensammeln immer noch inmitten wachsenden Reichtums gehungert wird.

Soll das jetzt bis in alle Ewigkeit so weiter gehen oder soll nicht endlich mal Schluss sein, mit dem Ausschluss der zahlungsunfähigen Hungernden vom Lebensnotwendigen??

# Wie Daimler-Benz in Bremen die Arbeit für seinen Konkurrenzkampf ran nimmt

## Audioaufzeichnung eines Vortrags von F. Huisken (Bremen)

"Autokrise in Europa verschärft sich", "Kurzarbeit oder Sonderschichten", "Letzte Schicht"... so oder ähnlich lauteten Schlagzeilen im Dezember 2012. Alle bezogen sich auf die Automobilindustrie. "Drei Millionen Autos werden in Europa weniger verkauft", stellt die SZ fest und fragt: "Wie viele Fabriken braucht man weniger?" Aber es gab auch andere Nachrichten. Der Daimler-Chef ließ klare Kampfansagen an die Konkurrenz vom Stapel: "Zetsche will Mercedes an die Spitze führen". Spätestens 2020 will das Daimler-Kapital die Konkurrenz wieder abgehängt haben. Worauf fußt seine „Prognose“? Einerseits sinken die Absatzzahlen, andererseits will Daimler in der Flaute in die Offensive gehen? Über welche Rezepte verfügt der Multi?

Gute Nachrichten gibt es auch für das Bremer Daimler-Werk: Es wird nicht nur um Hallen u.a. für den Rohbau erweitert, für die C-Klasse der Daimler-PKW's ist es 2014 gar zum Kompetenzzentrum erklärt worden. Eine große Ehre soll das sein. Und Werkschef Kellermann ist stolz auf "seine Truppe": "Was wir hier geschafft haben, ist ziemlich einzigartig in der Automobilindustrie!" Und eine "wunderbare Aufgabe" komme auf die Belegschaft zu - "was die Mitarbeiter

sehr motiviert!" IG-Metall-Betriebsräte schließen sich an: "Wir (!) sind das verantwortliche Werk!"

Darf man noch fragen, womit die Belegschaft an diesem Erfolg des Werks beteiligt ist?

Von nichts kommt nichts. Der Daimler-Konzern lässt seine Werke um die Erfüllung seiner Kapitalziele konkurrieren. Und dabei hat die Bremer Belegschaft die Ansprüche des Daimler-Kapitals in Sachen Qualität, Tempo und Kosten erfüllt und die konkurrierenden Werke im In- und Ausland ausgestochen. Damit kehrt nicht Ruhe ein. Denn das ist jetzt erstens Maßstab für alle arbeitenden C-Klasse-Produzenten; und zweitens ist damit der Bremer Werksleitung "die Federführung" für die gesamte weltweite C-Klassenfertigung übertragen, was natürlich einen Anspruch an die Zukunft im Werk Bremen darstellt: Der Vorsprung muss gehalten und ausgebaut werden. Der Bremer Werkschef ist sich sicher: "Die Mannschaft ist für die anstehenden Herausforderungen bestens gerüstet. Das werden wir in den kommenden Monaten unter Beweis stellen..." (WK). Mit Sicherheit schließt das weitere schöne Ausichten für die Belegschaft ein!

Worin die bestehen, gibt Chef Zetsche vor. Die Fertigungszeit für den

Bau eines Autos habe sein Konzern in der letzten Zeit von 60 auf 40 Stunden reduzieren können. "Wir wollen nun auf 30 Stunden kommen," kündigt er an. Dass die Fertigungszeit pro PKW halbiert wird, klingt wie ein schöner Sieg der Produktivität der Arbeiter. Und? Kann die Belegschaft für die gleiche Anzahl von Limousinen weniger arbeiten, kann sie früher nach Hause, kommt sie dadurch in den Genuss von mehr Freizeit? Das hieße die Rechnung ohne die kapitalistische Zwecksetzung von Daimler machen. Bei dem Multi buchstabiert sich so ein Sieg ganz anders: Er will seine Lücke zu den Rivalen der Premiumklasse, BMW und Audi, schließen. Er will in Sachen "Absatz und Gewinn" die

Konkurrenz überholen. Dafür ist die Produktivität der Arbeit eingeplant, dafür werden die Arbeitenden eingespannt, dafür wird der Ertrag der Produktivität der Autobauer restlos vom Konzern verwendet. Was bleibt für die Arbeitenden? Wie geht Halbierung der Fertigungszeit pro Produkt eigentlich kapitalistisch? Was bedeutet sie für die Arbeit der Belegschaft? Wie wird daraus eine Waffe in Sachen "Absatz und Gewinn" für den Multi? Was heißt das für den Lohn der Beschäftigten? Und werden sie wirklich "motiviert"? Die Antworten lieferte Prof. Dr. Freerk Huisken in einem Vortrag im Januar 2013. Nachzuhören sind sie hier:

<http://doku.argudiss.de/#451>

---

## Zur Studentischen Wohnungsfrage

**Bezahlbare Wohnungen für Studenten sind Mangelware. 70.000 sollen bundesweit davon fehlen. Wie kommt's?**

**Beispielhaft für die gesamte öffentliche Besprechung klärt die FAZ auf, mittels eines an der richtigen Stelle platzierten Doppelpunkts: „Doppelte Abiturjahrgänge, Wegfall der Wehrpflicht und steigende Mieten in den Großstädten: Selten war die Wohnungsnot unter Studenten so groß wie im Moment.“ (FAZ, 27./28.10.2012)**

Studenten, die bezahlbare Wohnungen suchen, Immobilienbesitzer, die möglichst viel Miete aus ihrem Besitz herausholen wollen: Diesen Gegensatz verwandelt das „Blatt der klugen Köpfe“ in eine aus gleichberechtigten Faktoren zusammengesetzte Lage, die keinen Grund für die Wohnungsnot kennt, aber Betroffene schafft, die damit zurecht kommen müssen.

Und, was machen die betroffenen Studierenden?

Sie stellen sich dieser „Lage“, versuchen eine Wohnung zu bekommen

– und verschärfen erst einmal das Problem: „Studenten sind zum Teil unfreiwillig Mitverursacher dieser Preissteigerungen, durch ihre hohe Nachfrage können Vermieter mehr Geld nehmen“, sagt Achim Meyer auf der Heyde, Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks.“ (FAZ, ebenda) Unser Tipp: Am besten, die „unfreiwilligen Mitverursacher“ fragen angesichts ihres dringlichen Bedarfs einfach freiwillig weniger nach, um bei den wegen geringer Nachfrage dann wieder gesunkenen Mieten zuzuschlagen.

Sollten die Vermieter auf diesen Trick womöglich nicht hereinfallen und doch keine bezahlbare Wohnung herausrücken, muss man eventuell auch zur genau umgekehrten Taktik greifen. So moniert die geschäftsführende Kollegin des gleichen Studentenwerks in Freiburg, Renate Heyberger: „Für ihren Geschmack“ sind „manche Studienanfänger ... etwas zu nachlässig mit der Wohnungssuche“ (FAZ, ebenda). Wenn der Student keine Wohnung kriegt, liegt das dieser Dame zufolge daran, dass er sich nicht richtig gekümmert, er also nicht intensiv genug nachgefragt hat. Denn: Wo keine Nachfrage, da auch kein Angebot. Also wieder durchstarten mit der Wohnungssuche – aber richtig, denn: Oft sind „die Ansprüche zu hoch“ (FAZ, ebenda). Wohnen wollen, womöglich auch noch gut und billig? So nicht! Marktgerecht nachfragen ist die Kunst: Nur das haben wollen, was es gibt, und zwar zum richtigen

Zeitpunkt und ohne Flausen in Sachen Qualität im Kopf. Falls dann trotz aller Verrenkungen das Geld selbst für ein Wohnklo mit Essnische nicht reichen sollte, hat der Wohnungsmarkt noch ein Sonderangebot zu bieten: in Form von Vermietern, die auch klamm sind: „Wohnen für Hilfe“-Projekte(n), in denen Studierende in Familien oder bei Senioren zu sehr geringen Mieten unterkommen und im Gegenzug Hausarbeiten oder andere Hilfsdienste verrichten.“ (faz.net; 17.10.2012) Wenn das keine „Win-Win-Situation“ für die gesellschaftlichen Verlierer ist. Die einen sind so sehr am Arsch gepackt, dass sie ihre Wohnung mit Studenten teilen müssen, die anderen wischen ihnen dafür selbigen oder selbige aus.

Wenn der „Markt“ schon nichts hergibt, vielleicht zeigt sich die Öffentlichkeit ja von der publik gemachten Not der künftigen Elite beeindruckt. Da sind originelle Einfälle wie die der Kommilitonen aus dem Badischen gefragt: „Im Zuge einer Protestaktion in Karlsruhe übernachteten 12 Studenten mehrere Tage lang abwechselnd im Schaufenster eines Schreibwarengeschäfts mitten in der Fußgängerzone.“ (faz.net; 17.10.2012) Der „Protest“ kennt zwar keinen Adressaten, an den er sich richtet, macht aber anschaulich und für jedermann unübersehbar, dass da ein (nein, kein egoistisch-studentisches, sondern gesellschaftliches) Problem existiert, für das ein Handlungsbedarf vorliegt; z.B. für verantwortungsbewusste Bürger. Da will dann ein Freiburger Bäckermeis-



ter nicht abseits stehen und drückt „Aufrufe zur Vermittlung von Privatzimmern auf 100.000 Brötchentüten“ (faz.net; 17.10.2012). Während die Studies tausendfach und ganz umsonst wenn schon keine Wohnung, so doch auf jeden Fall die Anerkennung ihrer prekären Lage kriegen, spekuliert der geschäftstüchtige Bäcker darauf, dass sein selbstloser Akt seinen Brezelverkauf ankurbelt. So hat wenigstens einer was von dieser PR-Aktion.

### **Des einen Leid, des anderen Freud**

Es gibt auf dem Wohnungsmarkt freilich auch Akteure, die der „Lage“ garantiert was abgewinnen können, weil sie sie herstellen: „Genau deshalb war der Baubürgermeister (von Karlsruhe) auch beim Tag der offenen Tür unterwegs, der jüngst in der Yuniq-Anlage stattfand. ... Eingelesen hatte MPC Capital, ein Fondshaus, das privaten Kapitalanlegern die Möglichkeit bietet, sich an Studentenapartmentanlagen finanziell zu beteiligen. Marktanalyst Matthias Pink von Savills erläuterte den interessierten Kapitalanlegern: ‚Karlsruhe befindet sich bereits im angespannten Drittel unseres Rankings unter 50 deutschen Hochschulstandorten.‘ Hinzu komme die geringe Leerstandsquote auf dem Wohnungsmarkt sowie der relativ niedrige Versorgungsgrad mit Wohnheimplätzen. Was schlecht für die Studenten sei, wäre gut für Investoren.“ (ka-news.de; 04.09.2012) Na also, geht doch! Not taugt dazu, dass man

sie geschäftsmäßig ausnützt. Und je größer die Not, umso besser fürs Geschäft. Das ist nicht zynisch, sondern „realistisch“ – und schon o.k., wie der zuständige Wohnungsbauminister vermeldet: „Die Mieten seien im vergangenen Jahr bei neuen Verträgen bundesweit im Durchschnitt gegenüber 2010 um drei Prozent gestiegen, berichtete Ramsauer. .... Ein starkes Wirtschaftswachstum und die Flucht in Sachwerte aus Angst vor einer Geldentwertung hätten zu einer größeren Nachfrage [nach Immobilien] geführt. Den Preisanstieg sieht Ramsauer eher als eine ‚natürliche und gesunde‘ Entwicklung am Markt.“ (welt.de; 17.10.2012) Wohnraum ist für den, der ihn besitzt, zur Geldvermehrung da; das gehört nach des Ministers Wort zur „Natur“ des Wohnungsmarktes. Und wer beim Erwerb von Sachwerten in Wohnungsgestalt „gesunde“ Preise bezahlen muss, der – auch das ist „am Markt“ nur „natürlich“ – sorgt für die Rentierlichkeit dieses Investments, indem er sich an seinen Mietern gesundstößt.

Für die Studenten, die damit möglicherweise ein Problem haben, hat der Minister – der diesen Immobilienmarkt per Gesetz ins Recht setzt und nicht etwa der „Natur“ ihren freien Lauf lässt – auf der anderen Seite natürlich jede Menge Verständnis: „Ramsauer will angesichts der ‚katastrophalen Situation‘ alle Beteiligten an einen Runden Tisch holen. Zu Recht fragten sich die jungen Menschen, ‚was ist das für ein Staat, drängt uns ins Studium



und dann sollen wir unter der Brücke schlafen‘, rügte Ramsauer (maerkscheallgemeine.de; 17.10.2012). Da werden sie aber zittern, die „Gerügten“, wenn der Minister die „jungen Menschen“ zum Runden Tisch einlädt, wo sie zusammen mit den von Ramsauer zum Preistreiben Beglückwünschten ihr Schicksal in die Hände des einzig dazu befugten verantwortlichen Problemlösers legen dürfen.

Ein falscher und ein richtiger Schluss Angesichts dessen und der erklärtermaßen bleibenden Wohnungsnot (Ramsauer und der Berliner Bau-senator Michael Müller „wandten sich gegen die Annahme, die Wohnungsnot sei eine vorübergehende Erscheinung“, FAZ 28.11.2012), zweifeln einige Studierende – nicht am pumperlg’sunden „Markt“, der eine einzige Erpressungsveranstaltung ist, sondern an sich: „Manche bekämen durch die Absagen ‚ein echtes Ego-Problem‘. ‘Woran liegt es, ist mit mir etwas nicht in Ordnung?‘, das seien Fragen, die sich manche Studenten stellten, wenn sie nach mehreren Besichtigungen noch keine Wohnung gefunden hätten.“ (faz.net) Damit die Beantwortung der Wohnungsfrage nicht in der Klapse endet, möchten wir an dieser Stelle kurz einen Schriftsteller aus dem 19ten Jahrhundert zu Wort kommen lassen, der für die Wohnungsnot mittelloser (arbeitender als auch studierender) Stände einen politökonomischen Grund anzuführen wusste – und einen Weg, wie man sich diese vom Hals schafft. Er ent-

deckte in der Wohnungsnot „ein notwendiges Erzeugnis der bürgerlichen Gesellschaftsform (...) in der ... der Hausbesitzer, in seiner Eigenschaft als Kapitalist, nicht nur das Recht, sondern, vermöge der Konkurrenz, auch gewissermaßen die Pflicht hat, aus seinem Hauseigentum rücksichtslos die höchsten Mietpreise herauszuschlagen. In einer solchen Gesellschaft ist die Wohnungsnot kein Zufall, sie ist eine notwendige Institution, sie kann mitsamt ihren Rückwirkungen auf die Gesundheit usw. nur beseitigt werden, wenn die ganze Gesellschaftsordnung, der sie entspringt, von Grund aus umgewälzt wird.“ (Friedrich Engels, Zur Wohnungsfrage, S.236; in: MEW Bd. 18, S. 209-287.)

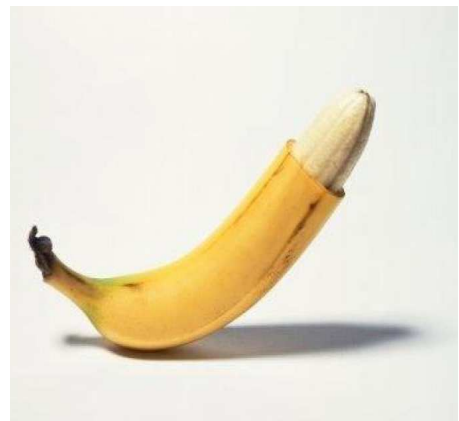


# Nachtrag zum Inhalt des Beschneidungsstreits: Vorhaut zwischen Seelenheil und Körperverletzung

## **Der religiöse Inhalt der Kulthandlung ...**

Ein Kölner Gericht erklärt das religiös motivierte Wegschneiden der Vorhaut bei Jungen für strafbar. Weder das Urteil noch das davon angestoßene öffentliche Recht benötigt für die Kritik an der Kulthandlung auch nur ein einziges Argument gegen ihr religiöses Motiv. Im Gegenteil: Die religiös-weltanschauliche Botschaft, die diese Körperverletzung von anderen Tattoos unterscheidet, ist nicht nur bekannt, sondern es wird ausdrücklich Respekt angemahnt und bezeugt dafür, dass der Initiationsritus „für Juden und Muslime mehr als ein frommer Brauch“ und „aus der Sicht der jeweiligen Religionen eine Auszeichnung ist“ (FAZ, 29.6.12). Schließlich geht es genau darum auch bei der christlichen Taufe, wo auch keiner der Beschneidungskritiker fragt, was es an einem Neugeborenen eigentlich schon auszuzeichnen gibt. Gefeierte wird nämlich die Ehre, dem Kollektiv zugewiesen zu werden, das der Herrgott dafür vorgesehen hat, auf der Welt für den Glauben an ihn Reklame zu machen. Die besondere Beziehung zum höchsten Herrn, die einen vom Rest der Menschheit abhebt, beanspruchen alle Weltreligionen für sich. Den Juden ist für diese Idee der passend unbescheidene Ausdruck vom auserwählten Volk Gottes eingefallen. Das Verhältnis der Auswahl steht da schon etwas auf dem Kopf: Nicht der

Gläubige ist so frei, sich seine Religion samt dazugehöriger Gottheit zu wählen, sondern umgekehrt. Der Glaube soll seine Unanfechtbarkeit bereits aus der Vorstellung gewinnen, dass man sich ihn nicht aussuchen kann, sondern von dem Gott, den man sich einbildet, dafür ausgesucht wird, sein Anhänger zu sein. Diese Verkehrung der eigenen Freiheit in einen Akt göttlicher Verfügung gehorcht der inneren Logik dieser irrationalen Denkart, die der Glaube ist. Wer sich in seinem religiösen Denken von allen wirklichen Bestimmungen freimacht und sich von dem Bedürfnis leiten lässt, hinter all den weltlichen Interessen, Zwecken und Ansprüchen, mit denen er es zu tun bekommt, einen letzten Grund, einen absoluten Sinn zu finden, der nicht an jenen Interessen auszumachen ist, die sein Leben beherrschen, der kann diesen Sinn nur einem Zweck zuschreiben, den kein Mensch



sich setzen kann, sondern der dem Menschen selbst gesetzt, vorgegeben ist. So landet das Bedürfnis, mit der Welt, auch und gerade wenn sie voller Not, Elend und Gewalt ist, seinen persönlichen Seelenfrieden zu machen, an sich selbst eine über den Dingen stehende Zufriedenheit mit ihnen herzustellen, bei der Einbildung einer höchsten überirdischen Instanz, die alle irdischen Geschehnisse in der Hand hat; die einen Plan hat, der gerade auch dann, wenn der Mensch ihn nicht begreift, einem höheren Wozu und Weißwarum folgt. Sich in dieser Vorsehung aufgehoben zu wissen, stiftet das grundsätzliche Einverständnis mit Gott und der Welt. Was somit die Identität jeder religiösen Gemeinde ausmacht, ist das Selbstbewusstsein, keinen Geringeren als den obersten Weltenlenker persönlich zum Chef zu haben – und den bzw. das beansprucht jede Gemeinde exklusiv für sich. Wer sich als Mensch so entmündigt, dass er sich als Erfüllungsgehilfe eines lebenslänglichen Auftrags begreift, wer sich so erniedrigt, dass er verglichen mit seinem Herrn und Schöpfer eine gottserbärmliche Kreatur darstellt – ein derart ohnmächtiger Knecht erhöht sich genau dadurch, dass er dem konkurrenzlos Allmächtigen dienen darf, dem alle unterworfen sind, selbst die, die das nicht wissen oder glauben. Daraus speist sich das unerschütterliche Rechtsbewusstsein des Glaubensmenschen, im Leben zwar manchen Fehltritt tun zu können, dank seiner Zugehörigkeit zum einzig richtigen Glaubensverein und in seinem Gottesdienst aber einem unfehlbaren

Weg und Willen zu folgen.

\*

Diese eigentümliche, sinnstiftende Dialektik von Unterwerfung und höchstem Rechtsbewusstsein bestimmt nicht zufällig auch die Initiationsriten als solche: Wie die christliche Taufe wird die Beschneidung am Kind vorgenommen, bei den Juden am neugeborenen, bei den Muslimen auch etwas später. Dieser Vollzug am unmündigen Subjekt erfüllt seinen Tiefsinn als vorbewusster, vorwillentlicher Akt jenseits jeder Berechnung, als den ihn die Eltern am Novizen vollstrecken lassen, so wie er an ihnen selbst vollstreckt wurde. Die Beschneidung soll, indem sie die Markierung durch ein bleibendes Körpermal setzt, der Zugehörigkeit zur religiösen Herde zudem die unabänderliche Qualität des Biologischen, die Authentizität des Naturmerkmals verleihen.

Egal, wie weit die jeweilige Initiation da geht, der Religionsbeitritt ist in den Augen des Gläubigen nichts Willkürliches, sondern erhält in der Kulthandlung den Symbolgehalt des Auftrags von ganz oben, des Auserwählt-Werdens. Was den Willen des Herrn angeht, verbietet sich der Verdacht der Willkür sowieso, weshalb die Gläubigen in der Verantwortung stehen, sich der Gnade dieser Auswahl durch ihre Gottesfurcht würdig zu erweisen, sie sich verdienen zu müssen. Wer so in der Pflicht ist, kann mit dem Opfer als Beweis seiner Dienstbarkeit nicht früh genug anfangen, am besten, bevor er selber das überhaupt will. Diesbezüglich mag die Beschneidung, die angeblich in der abrahamitischen

Tradition von Menschenopfer und Kast-  
ration bereits eine vergleichsweise zivile  
Aufweichung darstellt, manchem mo-  
dernen Glaubensmenschen immer noch  
als archaisch roh und unzeitgemäß er-  
scheinen, aber der Stellenwert von De-  
mut und Opferbereitschaft im religiösen  
Menschen- und Weltbild sollte auch ihm  
vertraut sein.

\*

Die religiöse Sittlichkeit im Volk ist  
bei der wirklichen Herrschaft im Prin-  
zip gern gesehen. Die Zeiten, zu de-  
nen sich die reale Macht ihrerseits mit  
Gottes Gnadentum legitimiert hat, sind  
hierzulande zwar vorbei, aber unter der  
Berufung auf einen höchsten Wert und  
Auftrag tut es auch ein moderner, sä-  
kularer Staat nicht. Keiner verzichtet  
auf eine ideelle Begründung seiner ho-  
heitlichen Gewalt, die mehr als nur ein  
zweckrationaler Apparat sein will. Auch  
der bürgerliche Staat kann jedenfalls mit  
einer religiös-irrationalen Geistesaus-  
stattung seiner Bürger etwas anfangen,  
er weiß sie zu schätzen als Bindemit-  
tel zwischen Volk und Herrschaft. In  
der Freiheit, sich die Welt religiös zu  
deuten, unterwirft sich der Gläubige  
zwar einem anderen, seinem absoluten  
Herrn, schafft es aber zugleich, sich auf  
seine Lebenswirklichkeit einen ganz  
persönlichen Sinn zu reimen, der im  
Normalfall seine Loyalität auch zur re-  
alen Obrigkeit einschließt. Insofern und  
solange diese Spielart der Affirmation  
funktioniert, hat die Einbildung, in der  
speziellen Mission eines Außerirdischen  
unterwegs zu sein, ihren anerkannten  
Platz im bürgerlichen Gemeinwesen.

## **.. und die rechtsstaatliche Kritik daran**

Angesichts des einvernehmlichen Ver-  
hältnisses, das Staat und Religion pfl-  
gen – man weiß, was man aneinander  
hat – und angesichts des Respekts, den  
der religiöse Gehalt der Beschneiderei  
genießt, fragt sich, was denn Vertreter  
unseres Rechts an dieser Kulthandlung  
stört. Auf den ersten Blick mag es wie  
eine Unangemessenheit, wie eine The-  
maverfehlung anmuten, wenn Richter  
von einem strafbaren Fall von Körper-  
verletzung sprechen, wo es den Veran-  
staltern des Events doch um die göttliche  
Gnade ewigen Seelenheils zu tun ist.  
Wo sie das Signum der Auserwähltheit  
zelebrieren, fällt den Herren vom profa-  
nen Recht ein, dass es weh tut. Was aber  
so daneben aussieht, ist eben die Fas-  
sung des religiösen Akts als Tatbestand  
des Rechts, eine praktisch sehr gültige  
Verfremdung des Themas also. Und  
der merkt man schnell an, dass es da  
im Kern nicht ums Wehtun geht. Wenn  
Vertreter des bürgerlichen Rechts den  
religiösen Ritus ins Visier nehmen, wer-  
den da nicht einfach Vorhäute beschnit-  
ten, sondern mit ihnen Rechte. Insofern  
rührt die juristische Betrachtung und  
Behandlung der Glaubenspraxis – mag  
sie sich auch am kleinsten Zipfel fest-  
machen – schnell ans Grundsätzliche,  
was auch die Reaktion von entrüsteten  
Rabbinern und muslimischen Ober-  
häuptern deutlich macht. Die wollen  
sich vom Staat nicht die Leviten lesen  
lassen, verbieten sich jede Einmischung  
in ihr Treiben – und missverstehen *das  
Recht auf freie Religionsausübung*,

wenn sie meinen, dass diese den Staat nichts angehe. Denn der Staat, der der Religion ein eigenes Grundrecht zugeht, mit dem er ihre Freiheit schützt, *legt sie damit auf den Gebrauch dieser Freiheit fest*. Diese Festlegung hat es in sich. Zwar darf jeder glauben, an wen oder was er will, wie er auch meinen darf, was er mag. Damit gilt die religiöse Meinung aber genau so viel, nämlich nicht mehr als eine unter vielen Meinungen, die im doppelten Wortsinn gleich gültig, also gleichgültig und auf praktische Folgenlosigkeit festgelegt sind. Der weltanschauliche Absolutismus der Religionen verträgt sich im Grunde schlecht mit so einem Relativismus und Pluralismus, aber sich in eben diese Gleichgültigkeit der Religionen einzureihen, mutet der säkulare Staat den von ihm zugelassenen Kirchen zu. Diese dürfen die Selbstfeier der Frömmigkeit ihrer Schafe organisieren, ihnen vorbeten, dass ihr Gott über allem steht, und sich als seine Vertretung auf Erden vereinsintern sonst was anmaßen. Klar muss aber sein, dass sie dabei nur eine private Lebensanschauung vertreten und betreuen, während die staatliche Hoheit als solche unangetastet über all den sinnhaltigen Weltbildern steht.

**Als Freiheit, als staatliche Erlaubnis, sie ausüben zu dürfen, ist die Religion somit herabgestuft, ist die Kirche dem Rechtsstaat untergeordnet und so fürs bürgerliche Gemeinwesen funktionalisiert.**

\*

Die rechtsgelehrte Art, wie sich dieser staatliche Anspruch an die Religion vorträgt, besteht hier darin, die gewiss respektierte Religionsfreiheit an einem anderen Grundrecht, dem auf körperliche Unversehrtheit, zu relativieren. An dem religiös motivierten Eingriff drängt sich zunächst einem Richter, dann dem Gesetzgeber die Frage auf, welches Recht hier mehr verletzt wird oder zu schützen ist: das des Kindes auf Unversehrtheit oder aber, im Verbotsfall, das der Eltern, ihr Kind religiös aufzuziehen. Auf Rechtsdeutsch heißt das „Kollision zweier Rechtsgüter“ – und dann wird abgewogen und einige Wochen lang tobt ein heftiger öffentlicher Streit, in dem die Beteiligten sich wechselseitig die Höchstwerte Kindeswohl, elterliches Sorgerecht und religiöse Selbstbestimmung um die Ohren hauen, bis dann der Bundestag ein Gesetz erlässt, das die Luft aus der Sache herauslässt. Das Gesetz hält nämlich jeden Bezug zum religiösen Anlass und Inhalt draußen, fasst Beschneidung generell als „Körperverletzung“, die aber – solange sie „fachgerecht“ durchgeführt wird – straffrei und den Eltern der beschnittenen Kinder anheimgestellt bleiben soll. Somit regelt der Staat die Angelegenheit, indem er die Rechtsaffäre auf eine Frage des medizinischen Handwerks bzw. der adäquaten Ausbildung der Beschneider herunterfährt.

# Kritik der Marktwirtschaft – zum Verhältnis von Arbeit und Reichtum im Kapitalismus

## Vortrags- & Diskussionsveranstaltungen in Erfurt und Jena

Ginge es im Wirtschaftsleben der Nationen darum, dass die Menschen sich mit minimalem Aufwand optimal versorgen, dann würde die Bedarfslage ermittelt und eine für die Bereitstellung der notwendigen und wünschbaren Güter zweckmäßige Arbeitsteilung organisiert. Alle ökonomischen Probleme wären solche der Arbeitsorganisation, der passenden Technik und des reibungslosen Güterverkehrs; intelligente Menschen, die in der herrschenden Marktwirtschaft die absurdesten und kompliziertesten „Produktions-“ und „Absatzstrategien“ planen und durchführen müssen, hätten nur noch die vergleichsweise geringfügige Frage zu beantworten, wie ein gesellschaftlicher Reichtum menschenchonend herzustellen und allgemein verfügbar zu machen ist. Kein Mensch würde problematisieren, ob „das überhaupt geht“, weil der gesellschaftlich gesetzte Zweck die Antwort wäre. In der Marktwirtschaft geht es anders zu – und übrigens fragt niemand, „ob das geht“, geschweige denn, dass ein Zweifel an der geltenden gesellschaftlichen Zwecksetzung laut würde, bloß weil das, worum es allen geht, für ganz viele Leute überhaupt nicht in Erfüllung geht. Da geht es darum, Geld zu verdienen, und zwar möglichst viel. In

diesem Ziel verstehen sich alle Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft bestens; „Einkommensschwache“ und „Besserverdienende“, Mittelständler und Gewerkschafter, Kapitalisten und Beamte sind sich einig und finden es das Natürlichste von der Welt, dass gearbeitet und gewirtschaftet, produziert und gedienstleistet wird, um an einen Lohn, einen Erlös, ein Honorar, ein Gehalt – kurzum: an Geld zu kommen. An was sie dann mit ihrem Geld kommen, das ist allein ihre Sache. Denn im Geld verfügen sie über ein Stück reale Freiheit: über die – freilich begrenzte – Möglichkeit aller Genüsse; über Mittel des Zugriffs auf eine unerschöpfliche Warenwelt. Das ist die gute Seite, die jeder am Gelderwerb schätzt. Mit der Kehrseite machen die Erwerbstätigen, jedenfalls in ihrer übergroßen Mehrheit, freilich auch sehr rasch Bekanntschaft: Wenn die Geldsumme aufgebraucht ist, ist es auch mit dem freien Zugriff vorbei. Vorhanden sind die begehrten und benötigten Güter nach wie vor; nur verfügbar sind sie nicht. Die im Geld gewährte Möglichkeit der Befriedigung aller Bedürfnisse ist noch lange nicht die wirkliche auch nur eines einzigen. Praktisch lösen sich deswegen die meisten Probleme des großen Teils

der Menschheit in das eine Problem auf, mehr Geld zu verdienen. Dieser praktischen Notwendigkeit der Marktwirtschaft kommen

die Leute nach – und beschweren sich dabei bitterlich über Zumutungen, die ihnen das System des freien Geldverdienens beschert: über zu hohe Preise, zu viel Stress am Arbeitsplatz, über zu geringes Entgelt für ihre Leistungen und überhaupt über die ungerechte Verteilung des Reichtums. Diese Art des Kritisierens taugt aber nichts. Denn über der Klage über lauter Missverhältnisse nehmen sie eines nicht in den Blick, nämlich welcher Logik Preise, Arbeitsplätze, Lohnzahlungen und die Verteilung des Reichtums tatsächlich gehorchen.

**In regelmäßigen Vortrags- und Diskussionsveranstaltung wollen wir einmal Gelegenheit geben, zu klären, warum derselbe Imperativ des Geldverdienens für manche wachsenden Reichtum und für viele einen lebenslangen Kampf um ihren Lebensunterhalt beinhaltet.**

Alle Termine unter:  
[pg.blogspot.de](http://pg.blogspot.de)

Eine aktuelle Leseempfehlung  
zum Thema:

## **"Arbeit & Reichtum"**

in Gegenstandpunkt Nr. 3-12 und  
fortgesetzt in Nr. 4-12

## **GEGENSTANDPUNKT**

Politische Vierteljahresschrift

**3-12**

„Beschäftigung“ – „Globalisierung“ – „Standort“ ...  
Anmerkungen zum kapitalistischen Verhältnis zwischen

### **Arbeit und Reichtum** (I - IV, Neufassung)

Jahr 6 der Weltfinanzkrise

Die Krisenkonkurrenz der Euro-Partner  
tritt in ihr finales Stadium ein

Korruptionsbekämpfung, Krise  
und „kalter Staatsstreich“ in Rumänien

Die EU und ihr neuer Störfall im Osten

Syrien – der aktuelle Hauptfall  
für die Konkurrenz um die Weltaufsicht

---

Töten und Sterben für Deutschland – eine ehrenwerte Sache!

Wer rettet jetzt den Euro? Nationalistische Meinungsbildung  
Griechenland wird vor die Wahl gestellt: Syryza oder Europa

„Blockupy“ – Aktionstage in Frankfurt

Rechtsphilosophische Erörterungen zum Breivik-Prozess

Politische Debatte über Werkverträge: Klassenkampf von oben  
NSU-Untersuchungsausschüsse: Verfassungsschutz rehabilitiert

Der Fall Julija Timoschenko und die Ukraine

60 Jahre BILD: Das perestrojka-Prinzip – sich selbst

Fußball-EM: Ein

**Erhältlich in der  
Bahnhofsbücherei**

## **GEGENSTANDPUNKT**

Politische Vierteljahresschrift

**4-12**

„Beschäftigung“ – „Globalisierung“ – „Standort“ ...  
Anmerkungen zum kapitalistischen Verhältnis zwischen

### **Arbeit und Reichtum** (V - VI, Neufassung)

Der Weltmarkt:

Preis und Produktivkraft der Arbeit im internationalen Vergleich  
Arbeit und Armut als Mittel der Staatenkonkurrenz

Die amerikanische Immobilienkrise: Eine Bilanz  
Aufstieg und Fall des Hypothekenkredits

Noam Chomsky

Radikale Kritik aus und an dem Land  
der unbegrenzten Freiheit

---

Gewerkschaften, Attac und Co wollen „unfairteilen“:

Ein Rückzugegefecht der Empörung in drei Blappen

Beschneidungs-Streit:

Vorhaut zwischen Seelenheil und Körperverletzung

Wieder viel Lärm um eine Schmähung des Heiligen Propheten

Die Debatte über die Zuschussrente stellt klar:

„Altersarmut bekämpfen“ heißt,

sie sozialpolitisch korrekt organisieren

Demokratische Klarstellungen im US-Präsidentenwahlkampf: Was ein Amerikaner ist, braucht und will



Ein Kommentar in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“:  
Ein großes Lob für den Kapitalismus:  
Er macht Krisen zu unserem „Schicksal“

---

Ein Kommentar der renommierten „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ versucht, das Publikum über die gegenwärtige Krise aufzuklären. Das Fazit steht schon in der Überschrift: „Krisen sind unser Schicksal“. Die Botschaft ist klar: Das Schicksal ist ein Schicksal, das kann man nicht ändern, man muss es hinnehmen und sich nicht sinnlos bei jeder neuen Krise wieder aufregen. Wie schicksalhaft die Krisen sein sollen, behauptet noch einmal die Unterüberschrift: „Ob Staatsbankrott, Bankenzusammenbruch oder Hyperinflation: Krisen gehören zum Kapitalismus wie ein Gewitter zum Sommer“. Dafür beruft sich der Kommentator auf ein neues Buch zweier amerikanischer Ökonomen. Der Titel des Buches: „Diesmal ist alles anders – Acht Jahrhunderte Finanzkrisen“, und gemeint ist damit: Natürlich ist diesmal nichts anders, die gegenwärtige Krise belegt nur die Unausweichlichkeit von Krisen – ein Kernsatz des Buches: „Die Stabilität von Währungen, Banken und Staaten ist eine Illusion“. Und wenn es mal eine krisenfreie Zeit gibt, dann sei das nur eine „gespenstische Ruhe“ bis unweigerlich wieder die nächste Krise ausbricht. Mit den Worten der Ökonomen aus den USA: „Jede Ruhephase wird unweigerlich von einer neuen

Welle der Krisen abgelöst“. Somit haben wir bislang gelernt: Krisen gibt es immer wieder. Oder anders: Die Erklärung der Krise bestand in der Beobachtung, dass es sie immer wieder gibt. Dabei will es der FAS-Kommentar allerdings nicht bewenden lassen. Es liegt ja auch ein zu offensichtlicher Widerspruch vor. Was ist denn von der Behauptung zu halten, beim Kapitalismus handele es sich um die effizienteste Wirtschaftsweise aller Zeiten, wenn man dann erfährt, dass drei tragende Pfeiler des Kapitalismus – Währungen, Banken, Staaten – immerzu vom Einsturz bedroht sind? Ist es denn ein Kompliment, wenn – wie es zuvor hieß – Staatsbankrott, Bankenzusammenbruch, Hyperinflation zum Kapitalismus gehören wie ein „Gewitter zum Sommer“, also eine Art Naturgesetz dieser Wirtschaftsweise sein sollen? Der Kommentar stellt sich diesem Problem teilnahmsvoll: „So scheint die Krise unser Schicksal zu sein. Aber ist sie das wirklich? Müssen wir die ewigen Zumutungen hinnehmen, die Menschen auch jetzt wieder in Angst und eventuell in Armut versetzen?“

Die FAZ antwortet: Ja, genau das müssen wir! Das verlangt der Kapitalismus von uns, weil nämlich seine Effizienz genau darauf beruhen

soll. Ein ausgewiesener Fachmann für gesellschaftliche Fragen, der Direktor des Max Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, begründet das so: „Der Kapitalismus ist das dynamischste Wirtschafts- und Gesellschaftssystem,

das die Menschheit erfunden hat. Kapitalismus ist das unablässige Bohren hochmotivierter und hochkreativer Individuen an sozialen Ordnungen, in die andere sich gerne einleben würden.“ Der Zeitungsschreiber verdolmetscht, wer an „sozialen Ordnungen“ bohrt und was dabei herauskommt: „*Der Unternehmer ist die Quelle der Krise der Kapitalismus ist also ein System, das von Unternehmen zur permanenten Selbsterstörung und Erneuerung getrieben wird.*“ Es leuchtet ja ein, dass es manchmal sinnvoller sein kann, ein Haus abzureißen und ein neues zu bauen, statt sich eine mühsame Sanierung vorzunehmen. Aber als Prinzip des Wirtschaftens, dass „permanent“ ein Haufen Wert kaputt gemacht werden muss, damit was Neues zustande kommen kann – das soll vernünftig sein? Doch, genau so ist es, behauptet der Chefdenker vom Max Planck-Institut: „Wir feiern den kapitalistischen Unternehmer als den unkonventionellen Menschen par excellence, als den größten Neuerer aller Zeiten, der uns alles gibt, was wir wollen, auch wenn wir nie geahnt hätten, dass wir es je wollen würden.“ Viele hochtrabende Worte – und eine dreiste Zumutung an den Verstand. Soll man allen Ernsten den kapitalistischen Unternehmer

gerade deswegen feiern, weil er die Menschen, die „sich in ihren sozialen Ordnungen gerne einleben“ würden, immer wieder aus diesen „sozialen Ordnungen“ aufscheucht, sprich: sie mit Krisen überzieht – wobei klar ist, wer dabei Krisengewinner und wer Krisenverlierer ist. Dem Unternehmer steht diese Macht einfach zu, und diese Macht wird reichlich unverfroren begründet:

Erstens tue ein Kapitalist das ausgerechnet im Auftrag der „Menschheit“, die sich angeblich nichts mehr wünsche als dieses „dynamischste Wirtschafts- und Gesellschaftssystem“, und zweitens könne er das nur tun aufgrund individueller herausragender Fähigkeiten – und die würde so eine Unternehmerpersönlichkeit dann auch dazu verpflichtet, seiner Mission im Dienste des Fortschritts der Menschheit nachzukommen. Eine Erklärung der Krise ist das wahrlich nicht, stattdessen eine gnadenlose Verherrlichung der Klassengesellschaft. Dagegen ein paar sachdienliche Hinweise, die das Ganze vom Kopf auf die Füße stellen: - Was ist eigentlich das „Bohren an sozialen Ordnungen“? Was so großspurig nach Weitsicht, Vision, Erfindergeist, Nicht-Konformität usw. usf. klingen soll, hat doch einen ganz banalen und harten Inhalt. Der Unternehmer bohrt an der „sozialen Ordnung“, die er kontrolliert, weil sie ihm gehört, an seinem Betrieb. Der ist für ihn keine anregende Werkstatt, in der ihm neue Produktideen zum Wohle der Menschheit zufliegen, sondern

da geht es von Anfang an und immerzu darum, die Kosten zu senken und die Erträge zu steigern. Und im Zentrum dieser anstrengenden Tätigkeit – für die er, wenn der Laden gut genug läuft, so schnell wie möglich Funktionsträger einstellt, die ihn ersetzen – steht **das unablässige Herumböhen am „Faktor Arbeit“**,

so mit Mensch und Material umspringen? Woher hat er seine Macht? Die große Lobrede auf den Unternehmer will uns weismachen, diese Macht komme aus seinem Inneren, aus seiner besonderen „Motivation“ und „Kreativität“. Aber die außergewöhnliche Persönlichkeit des Unternehmers hat wieder nur einen banalen und harten



heißt: Die Lohnarbeit muss immer billiger werden und sie muss immer mehr Leistung liefern. Die „Senkung der Lohnstückkosten“ – Herzstück der Wettbewerbsfähigkeit, wie Frau Merkel kürzlich wieder einmal betont hat – ist also nichts anderes, als den menschlichen Trägern des „Faktors Arbeit“ das Leben systematisch schwer bis unmöglich zu machen. - Warum kann und darf der Kapitalist

Inhalt: Welche Eigenschaften auch immer er haben mag, sie sind nichts wert ohne das Eigentum an den Produktionsmitteln, über das er exklusiv verfügt. Aufgrund dieses Eigentums kann er alle, die auf Arbeit angewiesen sind, weil sie nur sich selbst und eben keine Produktionsmittel besitzen, dazu zwingen, für ihn zu arbeiten. Und er lässt sie selbstverständlich nur bei sich arbeiten, wenn ihm diese Ar-

beit mehr einbringt, als er dafür ausgegeben hat - wenn nicht, dann nicht. Dass er dazu motiviert ist, kann man ihm glauben, viel Kreativität braucht es dazu allerdings nicht. Damit ist auch schon beantwortet, warum der kapitalistische Unternehmer – wie der Direktor des Max Planck-Instituts fast schon ehrfürchtig lobhudelt – „uns alles gibt, was wir wollen, auch wenn wir nie geahnt hätten, dass wir es je wollen würden“.

Zweifelsohne ist dieser unternehmerische Menschenschlag ein großer Fan des technischen Fortschritts. Machen lässt er ihn jedoch von anderen! Mit seinem Geld kann er sich, im Unterschied zur gewöhnlichen Menschheit, die so genannten „Innovationen“ – Maschinen, Werkstoffe, Organisations-Know-How usw. – kaufen, und je mehr Kapital er hat, desto mehr kann er sich von diesen Sachen kaufen. Die Kapitalgröße und die damit betriebene Umwälzung der Produktion sind seine entscheidenden Waffen im Kampf um die „Senkung der Lohnstückkosten“. Dabei kommen in der Regel mehr und bisweilen auch bessere Produkte zustande, aber nur dann und nur dafür, dass sie ihm mehr Profit eintragen. Der lohnabhängige Teil der Menschheit ist die Manövriermasse dieser unternehmerischen „Kreativität“: An ihrem Lohn wird permanent gespart, ein Teil wird ausgemustert, die verbliebene Belegschaft hat umso mehr zu arbeiten. Je besser das einem Unternehmen gelingt, desto mehr setzt es sich gegen die Konkurrenz durch,

desto mehr kann es von seinen Waren in den Markt hinein und die Waren der anderen hinausdrücken. Die „permanente Selbstzerstörung“ und die großartige „Erneuerung“, von denen zuvor die Rede war, sind in Wahrheit nichts anderes als der banale und harte Konkurrenzkampf: Bei dem einen Unternehmen wird Kapital vernichtet, was die Zerstörung von Maschinen, Gebäuden und Arbeitereinkommen einschließt, bei dem anderen Unternehmen floriert es. Der nicht-unternehmerische Rest der „Menschheit“ kann sich ansonsten mit Segen und Fluch der neuen Produkte herum schlagen: Kaufen dürfte die „Menschheit“ sie jederzeit und mögen würde sie schon wollen, dem steht aber entgegen, dass sie sich bei der Herstellung dieser Produkte dem Diktat der „Senkung der Lohnstückkosten“ hat unterwerfen müssen und zu wenig verdient. Das ist die Dauerkrise ihres Alltags. Und das „Schicksal“ kann dafür garantiert nichts.



## Kinderüberraschung: Ein kleiner Beitrag zur Wissensbildung unserer Naschkatzen

---

Am 14.3.2012 sendet das ARD-Nachtmagazin eine aufrüttelnde Nachricht: *„In den Niederlanden kennt sie fast jeder: die Schokolade von Tony's Chocolonely. Nur eine kleine Marke, aber eine, die es in sich hat. Sie erhebt den Anspruch, nicht auf Knochen von Kindern produziert zu werden. Kundenmeinungen: ‚Sie schmeckt gut, es ist Schokolade ohne Kinderarbeit.‘ ‚Sie ist einfach köstlich.‘ ‚Ist das nicht die Schokolade, die nach sauberen Regeln produziert wird?‘ ‚Ich glaube, dass die Leute, die den Kakao ernten, einen guten Preis dafür bekommen.‘ Das ist leider noch die Ausnahme. Dieser Junge [Man sieht ein Kind auf einer afrikanischen Plantage mit einer riesigen Machete Kakaoschoten ernten und in der bloßen Hand zerhacken] kann nicht in die Schule gehen. Er muss wie die anderen auch in den Kakaoplantagen Westafrikas arbeiten. Es ist unfassbar. 1,8 Mio Kinder arbeiten in Ghana und der Elfenbeinküste, damit wir in Europas Supermärkten günstig Schokolade kaufen können. Viele unter ihnen werden aus Armut von ihren Eltern verkauft, als Kinderklaven in der Kakaoernte.“* Fehlt da nicht ein verbindendes Element zwischen westafrikanischer Sklavenarbeit und mitteleuropäischen Naschkatzen,

das beide überhaupt erst in Zusammenhang bringt? Das wohlbekannte Subjekt von Sklaveneinkauf, Produktion *„auf Knochen von Kindern“* und Schokoladenverkauf und sein Interesse an einem Profitchen zwischendurch wird wohlweislich gar nicht erwähnt. Wenn der Agent des vorgestellten Skandals herausgekürzt ist, wird der Blick frei auf dessen *„sachliche“* Hinter-Gründe: *„Der Preis für Kakao ist aber in den vergangenen Jahrzehnten dramatisch gesunken. Die Kakaobauern in Westafrika haben keine Lobby, keine Marktmacht. Sie unterliegen dem Spiel der Märkte.“* *„Die Märkte“* sind so eine Sache: Ihr *„Spiel“* ist ein brutaler Konkurrenzkampf, in dem nur überlebt, wer sich gegen seinen Kontrahenten durchsetzen kann. Das Problem der Kakaobauern ist aber eigentlich nicht der Markt selbst; der wäre eine feine Sache, wenn nur seine Verlierer genügend Macht hätten, sich gegen seine Brutalität zu wehren. Zum Glück im Unglück bekommen sie für die fehlende Lobby einen Ersatz: Eine Weltwirtschaftsmacht macht sich für die Armen stark. *„Die EU will morgen abschließend über ein Abkommen abstimmen, das den Kakaobauern faire Preise sichern soll. Aber die Kinder sind damit allein noch nicht vor*

*Sklavenarbeit geschützt. Bernd Lange, SPD-MdEP: „Wir wollen aber sicherstellen, dass nachgewiesen werden kann, wo die Kakaobohnen herkommen. Um damit auch illegales Einschleusen von mit Kinderarbeit produzierten Kakaobohnen auszuschließen. Deswegen brauchen wir ein Zertifizierungssystem und brauchen ein Überprüfungssystem.“* Ein Abkommen soll „den Kakaobauern faire Preise sichern“. Was diese Formel im Einzelnen fürs westafrikanische Plantagenpersonal heißt, bleibt dabei offen. Ob es überhaupt um das Schicksal

der Kakaobauern geht, wenn die EU mit Kakaobaustaaten ein Abkommen über die Gründung eines „Internationalen Kakaorats“ schließt, sei dahingestellt. Was aber klar ist, ist, dass die Sklaverei sich mit einem EU-Abkommen über „faire Preise“ nicht beseitigen lässt. Ein Politprofi ist sich ganz sicher, dass die unfairen und brutalen Märkte auch mit politischen Abkommen nicht „fair“ zu machen sind: Ohne dass marktmächtige Teilnehmer kontinuierlich überwacht werden, werden sie jedes noch so schöne Reglement garantiert zu unterlaufen [...]

### **Über die Politische Gruppe Erfurt/Jena**

Genau wie die meisten unserer Mitmenschen erleben wir, dass unsere Interessen regelmäßig nicht zum Zuge kommen. Wir meinen, das ist weder ein guter Grund um zu jammern noch dafür, sich einfach damit abzufinden, dass „die Dinge nun mal so sind, wie sie sind“. Wir nehmen die Unzufriedenheit zum Anlass, einmal zu klären, warum z.B. der wirtschaftliche Erfolg einer kapitalistischen Nation stets so unverträglich ist mit dem Anspruch der Bevölkerung auf eine intakte Gesundheit und eine unverseuchte Umwelt, wofür in heißen und kalten Kriegen die Leben und die Existenzbedingungen von Millionen Menschen zum Opfer gebracht werden oder warum der Kampf gegen Hunger und Armut zwar seit langer Zeit geführt, aber bisher nicht gewonnen wurde.

Allzu häufig stößt unser Nachdenken dabei auf die kapitalistische Gesellschaft als Ursache dieser „Unannehmlichkeiten“ und insofern wir für diese Form des Zusammenlebens absolut keinen guten Grund wissen, werden wir ihr gegenüber äußerst kritisch.

Dem Vorwurf, wir würden nur diskutieren anstatt etwas zu tun, können wir nur entgegenhalten, dass es beim Aktivwerden eben schwer darauf ankommt, wie man sich die Sache, anlässlich der man einen Handlungsbedarf entdeckt, erklärt. Genau deshalb sind wir bemüht, herauszufinden und festzuhalten was es mit Krieg und Frieden, Armut und Reichtum – kurz: Geschäft und Gewalt – auf sich hat.

Wer dafür zu haben ist, ist auf unseren Diskussionsveranstaltung genau richtig.





[...] und zu umgehen suchen. Womit er zweifellos Recht hat: Ihr schädliches Interesse wird ja nicht außer Kraft gesetzt.

Deswegen stellt er den westafrikanischen Kindern, die von ihren verelendeten Eltern aus Existenznot verkauft werden, großzügig in Aussicht, was sie am dringendsten brauchen: ein Zertifizierungssystem samt lückenlosem Kontrollregime gegen die Einwanderung illegaler Kakaobohnen. Und dann gibt es keinen Grund für Kindersklaverei mehr? Welches schädliche, übermächtige und schwer kontrollierbare Interesse den Westafrikanern das Leben schwer macht, findet am Ende des Berichts schon auch noch Erwähnung. Das der verbrecherischen Schokoladenkonsumenten nämlich, die durch ihren Einkaufsakt die ganze Schweinerei ex post in

Auftrag gegeben haben und für ihre Sklavenhalterei zur Rechenschaft gezogen gehören! „Henk Jan Beltman, Direktor Tony’s *Chocolonely*: *„Wenn du Fahrräder kaufst, die geklaut wurden, wanderst du ins Gefängnis. Es kann nicht sein, dass Schokolade essen, in der Sklavenarbeit steckt, weniger hart bestraft wird.“* Die letzte Einstellung zeigt unbekümmert Schokolade naschende Kinder. Abschlusskommentar: *„Dass Kinder keine Kindersklavenschokolade mehr essen, wird wohl nur mit strengen Regeln zu erreichen sein.“*

Ohne strenge Regeln werden die Kinder wohl weiterhin so rücksichtslos beim Ausbeuten ihrer westafrikanischen Sklaven sein wie bisher...



**Buchempfehlung:**

Wolfgang Möhl  
Theo Wentzke  
**Das Geld**

Von den vielgepriesenen Leistungen  
des schnöden Mammons

© GegenStandpunkt Verlag  
Format A5, 162 Seiten  
ISBN 978-3-929211-11-5

Die Kapitel des Buches werden als  
PDF-Dateien für die private Nutzung  
zur Verfügung gestellt. Vervielfälti-  
gungen und das Einstellen in Daten-  
sammlungen sind vom Verlag nicht  
autorisiert.



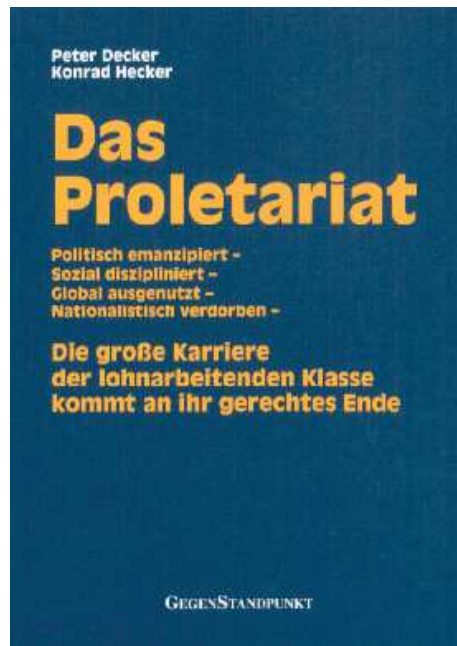
**Buchempfehlung:**

Peter Decker  
Konrad Hecker  
**Das Proletariat**

Politisch emanzipiert –  
Sozial diszipliniert –  
Global ausgenutzt –  
Nationalistisch verdorben –

Die große Karriere der lohn-  
arbeitenden Klasse kommt  
an ihr gerechtes Ende

© GegenStandpunkt Verlag 2002  
288 Seiten, Din A5, Fadensiegelung



# GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

4-12

„Beschäftigung“ – „Globalisierung“ – „Standort“ ...  
Anmerkungen zum kapitalistischen Verhältnis zwischen

## Arbeit und Reichtum

(V - VI, Neufassung)

Der Weltmarkt:

Preis und Produktivkraft der Arbeit im internationalen Vergleich  
Arbeit und Armut als Mittel der Staatenkonkurrenz

Die amerikanische Immobilienkrise: Eine Bilanz  
Aufstieg und Fall des Hypothekenkredits

Noam Chomsky

Radikale Kritik aus und an dem Land  
der unbegrenzten Freiheit

---

Gewerkschaften, Attac und Co wollen „umfairteilen“:

Ein Rückzugsgefecht der Empörung in drei Etappen

Beschneidungs-Streit:

Vorhaut zwischen Seelenheil und Körperverletzung

Wieder viel Lärm um eine Schmähung des Heiligen Propheten

Die Debatte über die Zuschussrente stellt klar:

„Altersarmut bekämpfen“ heißt,

sie sozialpolitisch korrekt organisieren

Demokratische Klarstellungen im US-Präsidentenwahlkampf:  
Was ein Amerikaner ist, braucht und will

---

Erhältlich in der  
Bahnhofsbücherei